



BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT  
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

(5-fach)

XXII. GP.-NR

332 /AB

GZ: 10.001/161-4/03

2003 -06- 16

Wien, am 13. Juni 2003

zu 351 /J

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 351/J der Abgeordneten Mag. Johann Maier und Genossinnen** wie folgt, wobei ich, soweit es den Bereich des neu geschaffenen Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen betrifft, auf die Beantwortung durch die nun zuständige Bundesministerin verweise:

**Frage 1:**

Das Projekt ist mir lediglich durch Medienberichte bekannt geworden.

**Fragen 2 und 3:**

Weder bin ich von den Vereinigten Staaten über dieses Projekt informiert worden, noch sind die Vereinigten Staaten an mein Ressort bezüglich einer Mitwirkung herangetreten.

**Frage 4:**

Hinsichtlich der Haltung des Bundesministers für Inneres zu dem gegenständlichen Projekt verweise ich auf die Beantwortung der Anfrage 318/J durch diesen. Soweit sich die Frage auf die Bundesregierung bezieht, verweise ich auf die Beantwortung der Anfrage 323/J durch den Bundeskanzler.

**Frage 5:**

Die Frage kann nicht beantwortet werden, da mir - wie sich schon aus der Beantwortung der Fragen 1 bis 3 ergibt - keine ausreichenden Informationen über das Projekt vorliegen.

**Frage 6:**

Diese Frage betrifft keine Angelegenheit meines Vollzugsbereiches.

**Fragen 7 und 8:**

Das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz war in keine Gespräche zum gegenständlichen Projekt eingebunden.

**Fragen 9 bis 11:**

Ich habe keine Kenntnis von Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und den Vereinigten Staaten betreffend das „Information Awareness Office“.

**Fragen 12 und 13:**

Das Internet wird von allen Ressorts - wie auch von Privatpersonen - unter anderem auch zur Suche verwendet. Dabei lässt es sich oft nicht verhindern, dass auch personenbezogene Daten aufgefunden werden. Aber auch eine gezielte Suche nach personenbezogenen Daten kann im Bereich der Verwaltung vorkommen, wenn etwa nach E-Mail-Adressen zwecks Kontaktaufnahme mit einem Ansprechpartner gesucht wird.

**Frage 14:**

Im Bereich des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehen keine Informationsverbundsysteme. Hinsichtlich der Datenanwendungen verweise ich auf die Beilage.

**Fragen 15 bis 17:**

Aufgrund der Vielzahl von Datenanwendungen verweise ich hinsichtlich der Abfrageberechtigungen sowie der jeweiligen Rechtsgrundlagen auf das öffentlich zugängliche Datenverarbeitungsregister (§ 16 Datenschutzgesetz 2000).

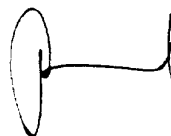
Allgemein kann gesagt werden, dass die Voraussetzungen für einen Zugriff auf die einzelnen Datenanwendungen von der gesetzlichen Regelung abhängen, die den Rechtsgrund der Übermittlung darstellt.

**Fragen 18 und 19:**

Eine Übermittlung ist nur auf Grund besonderer rechtlicher Verpflichtungen, die sich aus dem Gemeinschaftsrecht oder aus völkerrechtlichen Verträgen ergeben, zulässig. Welche Daten übermittelt werden können, ist aus den Meldungen beim Datenverarbeitungsregister im Detail ersichtlich.

Beilage

Mit freundlichen Grüßen  
Der Bundesminister:



**Beilage zu Frage 14****Datenanwendungen im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz:**

<b>Datenanwendung</b>	<b>Datum der Registrierung</b>
Durchführung des Opferfürsorgegesetzes 1947 (OFG)	26. März 1980
Führung von Adressdateien für Aussendungen und Einladungen (Verteiler)	10. August 1987
Herstellung statistischer Auswertungen zur Gesetzesvollziehung	23. Oktober 1989
Textverarbeitung für Korrespondenz und Berichtlegung	1. März 1990
Adressdatei zur Aussendung der Broschürenreihen und Sozialberichte	1. März 1990
Kanzleinformationssystem (KIS)	30. März 1998
Schlüsselverwaltung/intern	8. Februar 1999
Raumprogramm	8. Februar 1999
MA002 Zutrittskontrollsysteme (2087)	2. Oktober 2000
Förderungs- und Ablehnungsdatenbank	28. Februar 2001
PSYBE: Erfassungs-, Dokumentations- und Berechnungsprogramm der Beratungstätigkeit der geförderten Familienberatungsstellen	9. Mai 2001
Vollziehung und Überwachung der Schulbuchaktion sowie der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt	9. Mai 2001
Förderungs- und Ablehnungsdatenbank für Familienhärteausgleich	9. Mai 2001
Förderungs- und Ablehnungsdatenbank (Familienberatungsstellen)	9. Mai 2001
Adressdatei	9. Mai 2001
Gesund- und Krankmeldungen von Bediensteten	2. August 2001
Verwaltung parlamentarischer Anfragen	15. Februar 2002
Berufliche Integration	20. Mai 2003